

Beschluss Regionalgruppe Berlin des dbv am 21.06. 2012

Presse-Erklärung

Berlin, im Juni 2012

Die Kirchen sollen von sich aus auf Privilegien verzichten

Die Berliner Gruppe des bundesweiten Dietrich-Bonhoeffer-Vereins e.V. (dbv) ruft Gemeinden, Synoden und Kirchenleitungen auf, die Privilegien und Sonderrechte der Kirchen in Deutschland auf den Prüfstand zu stellen und darüber eine offene Diskussion zu beginnen. Die Angst vor schwindendem Einfluss und geringeren Einnahmen darf nicht Reformen blockieren, die einer notwendigen äußeren Veränderung und damit verbundenen inneren Erneuerung der Kirchen dienen.

In fünf öffentlichen Treffen fanden von Januar bis Juni 2012 Gespräche über das deutsche Religionsverfassungsrecht ("Staatskirchenrecht") mit Vertretern der in den Parlamenten vertretenen Parteien statt. Dabei wurde deutlich, dass gegenwärtig aus Sicht der zur Zeit größeren Parteien eine Veränderung des rechtlichen Status von den Kirchen selbst ausgehen muss, während andere Parteien und gesellschaftliche Gruppen gerade in letzter Zeit verstärkt über Alternativen zu den kirchlichen Sonderrechten diskutieren und parlamentarische Vorstöße unternehmen.

Die Kirchen in Deutschland müssen sich schon jetzt auf mittel- und langfristige Veränderungen angesichts ihres gesellschaftlichen und kulturellen Umfeldes einstellen und die Chance eines sanften und schrittweisen Wandels im Dialog mit der Politik aktiv wahrnehmen. In der katholischen Kirche hat Papst Benedikt XVI. mit seiner Freiburger Rede 2011 ("Entweltlichung der Kirche") auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht und einen Privilegienverzicht nicht ausgeschlossen.

Es kann auch in der evangelischen Christenheit keine Diskussionstabus geben. Unter anderem sind die Verbindung von Taufe und Kirchensteuerpflicht, der Körperschaftsstatus, die Staatsleistungen, das spezielle Arbeitsrecht und die Form der Militäseelsorge nicht Kennzeichen einer dienenden "Kirche für andere", wie sie Dietrich Bonhoeffer 1944 als Kirche der Zukunft erwartete und beschrieben hat.

Sehr konkret hat sich Bonhoeffer gegen das Kirchensteuersystem ausgesprochen. Der dbv hat ein Modell erarbeitet, wie die Kirchensteuer durch einen "Gemeindebeitrag" abgelöst werden könnte. In einem ersten, schon bald realisierbaren Reformschritt könnte man Kirchensteuer und "Gemeindebeitrag" nebeneinander stellen, und zwar so, dass für diejenigen, die Kritik an der staatlich eingezogenen Kirchensteuer üben, ein alternativer Gemeindebeitrag als freiwillige Wahlmöglichkeit eingeführt wird.

Die Christen sollen nicht krampfhaft an alten Regelungen festhalten. Im Sinne Bonhoeffers sollen sie nicht für sich Vorteile und Sonderlösungen für ihre Organisationsformen anstreben, sondern in Verantwortung für die Armen, Schwachen und Benachteiligten für alle Menschen Verbesserungen verlangen und erstreiten.

F.d.R.:

Ansprechpartner: Kurt Kreibohm, Machnower Str. 69, 14165 Berlin, Tel: (030) 84591101, kurt.kreibohm@gmx.de